

Übersicht

über die vom Kreisausschuss des Rhein-Sieg-Kreises in seiner 36. Sitzung am 09.12.2013 gefassten Beschlüsse:

TO.-Punkt	Beratungsgegenstand	Beschluss-Nr./Ergebnis	Abstimmungsergebnis
	Öffentlicher Teil		
1.	Niederschrift über die 36. Sitzung des Kreisausschusses am 11.11.2013	Anerkannt	
2.	Gemeinsamer Antrag der CDU- und GRÜNE-Kreistagsfraktionen vom 10.10.2013: Solarstromanlagen auf Immobilien der Wohnungsbau-gesellschaft Rhein-Sieg	Verweis in FA	einvernehmlich
3.	Ernennung eines stellvertretenden Kreisbrandmeisters	386/13 Empfehlung an KT	einstimmig, Seite 9
4.	Abberufung des bestellten Kämmerers	387/13 Empfehlung an KT	einstimmig, Seite 9
5.	Nachwahl von stellvertretenden Mitgliedern des Beirates bei der Unteren Landschaftsbehörde	388/13 Empfehlung an KT	einstimmig, Seite 10
5.1.	Antrag der CDU-Kreistagsfraktion vom 02.12.2013: Umsetzung von Ausschüssen	389/13 Empfehlung an KT	einstimmig, Seite 10
6.	15. Änderung der Tarifordnung zur Taxenordnung für den Rhein-Sieg-Kreis vom 16.02.1971 in der Fassung vom 15.12.2011 - Erhöhung der Beförderungsentgelte -	390/13 Empfehlung an KT	einstimmig, Seite 11-12
7.	Änderung der Hauptsatzung für den Rhein-Sieg-Kreis	391/13 Empfehlung an KT	einstimmig, Seite 13
7.1.	Umsetzung des Teilhabe- und Integrationsgesetzes im Rhein-Sieg-Kreis; hier: Einrichtung eines Kommunalen Integrationszent-rums -KIZ-	Kenntnisnahme	
7.1.1.	Gemeinsamer Antrag der CDU- und GRÜNE-Kreistagsfraktionen vom 05.12.2013: Vorbereitung der Einrichtung eines kommunalen Integ-rationszentrums (KIZ) im Rhein-Sieg-Kreis	392/13 Zustimmung	einstimmig, E. FDP, Seite 15
7.2.	Entwicklung der Struktur der gewerblich-technischen Berufskollegs in der Region Bonn/Rhein-Sieg-Kreis	Kenntnisnahme	
8.	Abfallentsorgung im Rhein-Sieg-Kreis		
8.1.	Gründung der RSAG Anstalt öffentlichen Rechts (RSAG AöR)	393/13 Empfehlung an KT	einstimmig, Seite 16
8.1.1.	Änderung der öffentlich-rechtlichen Vereinbarung zwi-schen dem Rhein-Sieg-Kreis und den 19 kreisangehö-rigen Städten und Gemeinden	394/13 Zustimmung	einstimmig, Seite 16

8.1.2.	Änderungsvertrag zum Entsorgungsvertrag zwischen dem Rhein-Sieg-Kreis und der Rhein-Sieg-Abfallwirtschaftsgesellschaft mbH	395/13 Empfehlung an KT	einstimmig, Seite 17
8.2.	Satzung über die Heranziehung zu Gebühren für die Abfallentsorgung (Gebührensatzung) durch den Rhein-Sieg-Kreis in seinem Gebiet der 19 kreisangehörigen Städte und Gemeinden in der ab 01.01.2014 gültigen Fassung	396/13 Empfehlung an KT	einstimmig, Seite 17
8.3.	Satzung über die Entsorgung von Abfällen (Abfallsatzung) durch den Rhein-Sieg-Kreis in der ab 01.01.2014 gültigen Fassung	397/13 Empfehlung an KT	einstimmig, Seite 17
8.4.	Abfallwirtschaftskonzept für den Rhein-Sieg-Kreis – Teil I: Abfälle aus privaten Haushaltungen	398/13 Zustimmung	MB ./ LINKE, Seite 18
9.	Hochwasserhilfe für geschädigte Bürgerinnen und Bürger in der Stadt Hennef	399/13 Zustimmung	einstimmig, Seite 18
10.	Jahresabschluss 2012; Deckung des für das Haushaltsjahr 2012 ausgewiesenen Jahresfehlbetrages	400/13 Empfehlung an KT	einstimmig, Seite 19
11.	Öffentlich-rechtliche Vereinbarung "Verbundschule Bornheim"	401/13 Empfehlung an KT	einstimmig, Seite 20
12.	Veräußerung eines Geschäftsanteils von 0,1% an der SSB oHG an die SWBV GmbH und Umwandlung der SSB oHG in eine GmbH	402/13 Empfehlung an KT	einstimmig, Seite 21
13.	Beteiligung an der rhenag AG	von der TO abgesetzt	
14.	Nachtragshaushalt 2013/2014	von der TO abgesetzt	
14.1.	Benehmensherstellung / Stellungnahmen der Städte und Gemeinden	von der TO abgesetzt	
14.2.	Beratung des Entwurfs der Nachtragshaushaltssatzung 2013/2014 mit Nachtragshaushaltsplan und Anlagen	von der TO abgesetzt	
15.	Kenntnisnahme von der Niederschrift über die Sitzung des Planungs- und Verkehrsausschusses am 17.09.2013	Kenntnisnahme	
16.	Kenntnisnahme von der Niederschrift über die Sitzung des Ausschusses für Umwelt und Klimaschutz am 19.09.2013	Kenntnisnahme	
17.	Kenntnisnahme von der Niederschrift über die Sitzung des Ausschusses für soziale Angelegenheiten und soziale Beschäftigungsförderung am 20.09.2013	Kenntnisnahme	
18.	Kenntnisnahme von der Niederschrift über die Sitzung des Jugendhilfeausschusses am 07.10.2013	Kenntnisnahme	
19.	Kenntnisnahme von der Niederschrift über den öffentlichen Teil der Sitzung des Finanzausschusses am 08.10.2013	Kenntnisnahme	

20.	Kenntnisnahme von der Niederschrift über den öffentlichen Teil der Sitzung des Bau- und Vergabeausschusses am 10.10.2013	Kenntnisnahme	
21.	Beratung einer Beschlussempfehlung und Kenntnisnahme von der Niederschrift über die Sitzung des Ausschusses für Schule und Bildungskoordination am 15.10.2013	Kenntnisnahme	
21.1	Errichtung neuer und Erweiterung vorhandener Bildungsgänge an den Berufskollegs des Rhein-Sieg-Kreises	403/13 Zustimmung	einstimmig, Seite 23
22	Kenntnisnahme von der Niederschrift über die Sitzung des Gleichstellungsausschusses am 16.10.2013	Kenntnisnahme	
23.	Beratung einer Beschlussempfehlung und Kenntnisnahme von der Niederschrift über die Sitzung des Ausschusses für Angelegenheiten von Menschen mit Behinderungen am 04.11.2013	Kenntnisnahme	
23.1	Inklusion; hier: Einrichtung eines Inklusions-Fachbeirates	404/13 Empfehlung an KT	einstimmig, Seite 23
24.	Kenntnisnahme von der Niederschrift über den öffentlichen Teil der Sitzung des Bau- und Vergabeausschusses am 07.11.2013	Kenntnisnahme	
25.	Kenntnisnahme von der Niederschrift über die Sitzung des Ausschusses für regionale Wirtschafts- und Strukturförderung am 08.11.2013	Kenntnisnahme	
26.	Kenntnisnahme von der Niederschrift über die Sitzung des Ausschusses für soziale Angelegenheiten und soziale Beschäftigungsförderung am 12.11.2013	Kenntnisnahme	
27.	Kenntnisnahme von der Niederschrift über die Sitzung des Personalausschusses am 13.11.2013	Kenntnisnahme	
28.	Kenntnisnahme von der Niederschrift über den öffentlichen Teil der Sitzung des Rechnungsprüfungsausschusses am 14.11.2013	Kenntnisnahme	
29.	Beratung von Beschlussempfehlungen und Kenntnisnahme von der Niederschrift über die Sitzung des Ausschusses für Umwelt und Klimaschutz am 15.11.2013	Kenntnisnahme	
29.1	Energiepolitisches Arbeitsprogramm im Rahmen des European Energy Awards (EEA)	405/13 Zustimmung	einstimmig, Seite 25
29.2	Felssicherung am Siegfriedfelsen in Bad Honnef	406/13 Zustimmung	einstimmig, E. LINKE, Seite 25
29.3.	Anregungen und Beschwerden nach § 21 KrO NRW: Änderung der Abfallsatzung des Rhein-Sieg-Kreises - gerechtere Verteilung der Gebührenlast	407/13 Ablehnung	einstimmig, E. LINKE, Seite 25
30.	Anregungen und Beschwerden nach § 21 KrO NRW	408/13 Verweis in UmwA	einstimmig, Seite 26

31.	Mitteilungen und Anfragen Nichtöffentlicher Teil	---	
32.	Veräußerung eines Geschäftsanteils von 0,1% an der SSB oHG an die SWBV GmbH und Umwandlung der SSB oHG in eine GmbH	Kenntnisnahme	
33.	Beteiligung an der rhenag AG	von der TO abgesetzt	
34.	Kenntnisnahme von der Niederschrift über den nichtöffentlichen Teil der Sitzung des Finanzausschusses am 08.10.2013	Kenntnisnahme	
35.	Kenntnisnahme von der Niederschrift über den nichtöffentlichen Teil der Sitzung des Bau- und Vergabeausschusses am 10.10.2013	Kenntnisnahme	
36.	Kenntnisnahme von der Niederschrift über den nichtöffentlichen Teil der Sitzung des Bau- und Vergabeausschusses am 07.11.2013	Kenntnisnahme	
37.	Beratung von Beschlussempfehlungen und Kenntnisnahme von der Niederschrift über den nichtöffentlichen Teil der Sitzung des Personalausschusses am 13.11.2013	Kenntnisnahme	
37.1	Beförderungen	409/13 Zustimmung	einstimmig, Seite 27
38.	Kenntnisnahme von der Niederschrift über den nichtöffentlichen Teil der Sitzung des Rechnungsprüfungsausschusses am 14.11.2013	Kenntnisnahme	
39.	Mitteilungen und Anfragen	---	

Folgende Beschlussempfehlungen fallen in die Zuständigkeit des Kreistages:

TO.- Punkt	Beratungsgegenstand	Beschluss-Nr./ Ergebnis	Abstimmungs- ergebnis
	Öffentlicher Teil		
3.	Ernennung eines stellvertretenden Kreisbrandmeisters	386/13 Empfehlung an KT	einstimmig, Seite 9
4.	Abberufung des bestellten Kämmerers	387/13 Empfehlung an KT	einstimmig, Seite 9
5.	Nachwahl von stellvertretenden Mitgliedern des Beirates bei der Unteren Landschaftsbehörde	388/13 Empfehlung an KT	einstimmig, Seite 10
5.1.	Antrag der CDU-Kreistagsfraktion vom 02.12.2013: Umbesetzung von Ausschüssen	389/13 Empfehlung an KT	einstimmig, Seite 10
6.	15. Änderung der Tarifordnung zur Taxenordnung für den Rhein-Sieg-Kreis vom 16.02.1971 in der Fassung vom 15.12.2011 - Erhöhung der Beförderungsentgelte -	390/13 Empfehlung an KT	einstimmig, Seite 11-12
7.	Änderung der Hauptsatzung für den Rhein-Sieg-Kreis	391/13 Empfehlung an KT	einstimmig, Seite 13
8.1.	Gründung der RSAG Anstalt öffentlichen Rechts (RSAG AöR)	393/13 Empfehlung an KT	einstimmig, Seite 16
8.1.2.	Änderungsvertrag zum Entsorgungsvertrag zwischen dem Rhein-Sieg-Kreis und der Rhein-Sieg-Abfallwirtschaftsgesellschaft mbH	395/13 Empfehlung an KT	einstimmig, Seite 17
8.2.	Satzung über die Heranziehung zu Gebühren für die Abfallentsorgung (Gebührensatzung) durch den Rhein-Sieg-Kreis in seinem Gebiet der 19 kreisangehörigen Städte und Gemeinden in der ab 01.01.2014 gültigen Fassung	396/13 Empfehlung an KT	einstimmig, Seite 17
8.3.	Satzung über die Entsorgung von Abfällen (Abfallsatzung) durch den Rhein-Sieg-Kreis in der ab 01.01.2014 gültigen Fassung	397/13 Empfehlung an KT	einstimmig, Seite 17
10.	Jahresabschluss 2012; Deckung des für das Haushaltsjahr 2012 ausgewiesenen Jahresfehlbetrages	400/13 Empfehlung an KT	einstimmig, Seite 19
11.	Öffentlich-rechtliche Vereinbarung "Verbundschule Bornheim"	401/13 Empfehlung an KT	einstimmig, Seite 20
12.	Veräußerung eines Geschäftsanteils von 0,1% an der SSB oHG an die SWBV GmbH und Umwandlung der SSB oHG in eine GmbH	402/13 Empfehlung an KT	einstimmig, Seite 21
23.1	Inklusion; hier: Einrichtung eines Inklusions-Fachbeirates	404/13 Empfehlung an KT	einstimmig, Seite 23
	Nichtöffentlicher Teil		

Niederschrift

über die in der 36. Sitzung des Kreisausschusses des Rhein-Sieg-Kreises am 09.12.2013 gefassten Beschlüsse:

Sitzungsbeginn:	16:00 Uhr
Sitzungsende:	17:00 Uhr
Ort der Sitzung:	A 1.16
Datum der Einladung:	28.11.2013
1. Einladungsnachtrag vom:	03.12.2013
2. Einladungsnachtrag vom	05.12.2013

Anwesende Mitglieder:

Vorsitzender

Herr Frithjof Kühn

Kreistagsabgeordnete CDU

Herr Rolf Bausch

Frau Brigitte Donie

Herr Michael Donix i. V. der Abg. Renate Mersch

Frau Heidi Rackwitz-Zimmermann

Herr Josef Schäferhoff

Herr Sebastian Schuster

Herr Michael Solf

Kreistagsabgeordnete SPD

Herr Sebastian Hartmann

Frau Ute Krupp

Herr Udo Scharnhorst

Herr Achim Tüttenberg

Kreistagsabgeordnete GRÜNE

Frau Gabi Deussen-Dopstadt

Herr Ingo Steiner

Kreistagsabgeordnete FDP

Herr Dr. Karl-Heinz Lamberty

Herr Klaus-Peter Smielick

Kreistagsabgeordneter DIE LINKE

Herr Michael Lehmann

Entschuldigt fehlte:

Kreistagsabgeordnete fraktionslos

Frau Renate Mersch

36. Sitzung des Kreisausschusses am 09.12.2013		
TOP	Beratungsgegenstand	Vorlagen-/Antrags-Nr.

Vertreter/innen der Verwaltung:

KD'in Heinze

Ltd. KVD Allroggen

Ltd. KVD'in Udelhoven

Dezernent Schwarz

Dezernent Wagner

Pressereferentin Lorenz

VA Rellecke (Kreistagsbüro)

KVR Herkenrath – Schriftführer

Gäste: ---

36. Sitzung des Kreisausschusses am 09.12.2013		
TOP	Beratungsgegenstand	Vorlagen-/Antrags-Nr.

Öffentlicher Teil

	Vor der Sitzung	
--	-----------------	--

Hinweis des Schriftführers:

Da zahlreiche Zuhörer zu der Sitzung des Kreisausschusses anwesend waren, musste hinsichtlich des Sitzungssaales aus Kapazitätsgründen kurzfristig umdisponiert werden. Die Sitzung des Kreisausschusses fand daher im großen Sitzungssaal A 1.16 statt.

Vor der Eröffnung der Sitzung machte der Landrat die Zuhörer unter Hinweis auf die Geschäftsordnung für den Kreistag des Rhein-Sieg-Kreises darauf aufmerksam, dass die mitgebrachten Transparente vor Beginn der Sitzung zu entfernen seien.

Der Landrat fragte die Mitglieder des Kreisausschusses, ob Bedenken gegen kurze Filmaufnahmen durch Mitarbeiter des WDR vor Beginn der Sitzung bestünden. Hiergegen bestanden keine Bedenken.

	Allgemeine und Geschäftsordnungsangelegenheiten	
--	---	--

Der Landrat eröffnete die 36. Sitzung des Kreisausschusses und begrüßte die Anwesenden. Er verwies auf die Einladung vom 28.11.2013, den 1. Nachtrag vom 03.12.2013, den 2. Nachtrag vom 05.12.2013 sowie die heutige Tischvorlage zu TOP 8.1 und stellte fest, dass die Einladung form- und fristgerecht erfolgt ist.

Antrag: **Abg. Schuster** beantragte namens der CDU- und GRÜNE-Kreistagsfraktionen zur Geschäftsordnung, die Tagesordnungspunkte 13 „Beteiligung an der rhenag AG“, 14 „Nachtragshaushalt 2013/2014“, 14.1 „Benehmensherstellung / Stellungnahmen der Städte und Gemeinden“, 14.2 „Beratung des Entwurfs der Nachtragshaushaltssatzung 2013/2014 mit Nachtragshaushaltsplan und Anlagen“ im öffentlichen Teil und 33 „Beteiligung an der rhenag AG“ im nichtöffentlichen Teil der heutigen Sitzung von der Tagesordnung abzusetzen, da noch Beratungsbedarf bestehe. Dieser Antrag beziehe sich gleichzeitig auch auf die Kreistagssitzung am 12.12.2013.

Abg. Hartmann fragte nach dem Zeithorizont für die weiteren Beratungen. Dies sei nun eine andere Aussage als im Finanzausschuss am 05.12.2013.

Der Landrat verstand den Antrag dahingehend, dass dies heute sowie im Kreistag am 12.12.2013 vertagt und sodann im neuen Jahr wieder auf die Tagesordnung genommen werden solle.

Abg. Dr. Lamberty stellte fest, dass der rhenag-Deal damit gescheitert sei.

B.-Nr.
385/13

Der Kreisausschuss beschließt, die Tagesordnungspunkte 13 „Beteiligung an der rhenag AG“, 14 „Nachtragshaushalt 2013/2014“, 14.1 „Benehmensherstellung / Stellungnahmen der Städte und Gemeinden“, 14.2 „Beratung des Entwurfs der Nachtragshaushaltssatzung 2013/2014 mit Nachtragshaushaltsplan und Anlagen“ im öffentlichen Teil und 33 „Beteiligung an der rhenag AG“ im nichtöffentlichen Teil von der Tagesordnung der heutigen Sitzung des Kreisausschusses abzusetzen.

36. Sitzung des Kreisausschusses am 09.12.2013		
TOP	Beratungsgegenstand	Vorlagen-/Antrags-Nr.

Abst.- **Einstimmig, E. FDP.**

Erg.:

Hinweis des Schriftführers:

Die Mitglieder der SPD-Kreistagsfraktion im Kreisausschuss haben an der Abstimmung nicht teilgenommen.

1	Niederschrift über die 35. Sitzung des Kreisausschusses am 14.10.2013	
---	---	--

Einwendungen wurden nicht erhoben. Die Niederschrift gilt somit als anerkannt.

2	Gemeinsamer Antrag der CDU- und GRÜNE-Kreistagsfraktionen vom 10.10.2013: Solarstromanlagen auf Immobilien der Wohnungsbaugesellschaft Rhein-Sieg	
---	--	--

Der Landrat stellte das Einvernehmen der Mitglieder des Kreisausschusses fest, den gemeinsamen Antrag der CDU- und GRÜNE-Kreistagsfraktionen vom 10.10.2013 in den Finanzausschuss zu verweisen.

3	Ernennung eines stellvertretenden Kreisbrandmeisters	
---	--	--

B.-Nr.
386/13

Der Kreisausschuss empfiehlt dem Kreistag, Herrn Stadtbrandinspektor Dirk Engstenberg unter Berufung in das Beamtenverhältnis auf Zeit als Ehrenbeamter für die Dauer von 6 Jahren mit Wirkung vom 20.12.2013 zum stellvertretenden Kreisbrandmeister zu ernennen.

Abst.-
Erg.:

Einstimmig.

4	Abberufung des bestellten Kämmerers	
---	-------------------------------------	--

Der Landrat verwies auf die Beschlussvorlage. Die Kommunalaufsicht der Bezirksregierung Köln habe empfohlen, zur Klarstellung der Aufgabenübertragung die Bestellung von Herrn Ganseuer zum 31.12.2013 ausdrücklich zu beenden und ihn als bestellten Kämmerer abuberufen.

Abg. Steiner fragte, ob es denn möglich wäre, dass der Rhein-Sieg-Kreis zwei Kämmerer hätte.

Der Landrat antwortete, seines Erachtens sei dies nicht möglich. Er sagte aber eine Prüfung zu.

B.-Nr.
387/13

Der Kreisausschuss empfiehlt dem Kreistag, den bestellten Kreiskämmerer, Herrn Ltd. KVD Karl-Hans Ganseuer, mit Ablauf des 31.12.2013 gem. § 47 Abs. 1 der Kreisordnung abuberufen.

Abst.-
Erg.:

Einstimmig.

Anmerkung der Verwaltung: Nach § 47 Abs. 4 KrO NRW sollen die Kreise einen Beamten des Kreises zum Kämmerer bestellen. Der Kämmerer hat besondere Befugnisse nach § 53 Abs. 1 KrO i. V. m. §§ 80, 81, 83, 93, 95, 96, 101, 103, 104, 116 GO. Nach dem Wortlaut der v. g. Rechtsvorschriften ist nur die Bestellung eines Kämmerers vorgesehen.

36. Sitzung des Kreisausschusses am 09.12.2013		
TOP	Beratungsgegenstand	Vorlagen-/Antrags-Nr.

5	Nachwahl von stellvertretenden Mitgliedern des Beirates bei der Unteren Landschaftsbehörde	
---	--	--

Der Landrat verwies auf seine Mitteilung an die Fraktionen vom 06.12.2013, wonach im Beirat bereits eine starke regionale Ballung von Mitgliedern aus dem Bereich „Siebengebirge“, Städte Bad Honnef und Königswinter, vorliege. Deshalb rege er an, bei den Nachwahlen auf eine bessere regionale Aufteilung der Mitgliedschaften im Beirat zu achten.

Abg. Schuster schlug namens seiner Fraktion Herrn Heinz Schellberg als Nachfolger für Frau Karin Renate Klahold sowie Herrn Heinz Heister als Nachfolger für Frau Ute Kreienmeier als neue stellvertretende Mitglieder im Beirat der Unteren Landschaftsbehörde vor.

Hierzu bestand Einvernehmen im Kreisausschuss.

B.-Nr.
388/13

Der Kreisausschuss empfiehlt dem Kreistag, als Nachfolger für Frau Karin Renate Klahold

Herrn Heinz Schellberg

sowie als Nachfolger für Frau Ute Kreienmeier

Herrn Heinz Heister

als neues stellvertretendes Mitglied in den Beirat der Unteren Landschaftsbehörde zu wählen.

Abst.-
Erg.:

Einstimmig.

5.1	Antrag der CDU-Kreistagsfraktion vom 02.12.2013: Umsetzung von Ausschüssen	
-----	---	--

B.-Nr.
389/13

Der Kreisausschuss empfiehlt dem Kreistag, nachfolgende Umensetzung des Ausschusses für Umwelt und Klimaschutz zu beschließen:

Der Sachkundige Bürger (SkB) Andreas Sonntag wird anstelle des SkB Alwin Müller ordentliches Mitglied im Ausschuss für Umwelt und Klimaschutz.

Abst.-
Erg.:

Einstimmig.

6	15. Änderung der Tarifordnung zur Taxenordnung für den Rhein-Sieg-Kreis vom 16.02.1971 in der Fassung vom 15.12.2011 - Erhöhung der Beförderungsentgelte -	
---	--	--

Der Landrat verwies auf die einstimmige Beschlussempfehlung des Planungs- und Verkehrsausschusses in seiner Sitzung am 26.11.2013.

36. Sitzung des Kreisausschusses am 09.12.2013		
TOP	Beratungsgegenstand	Vorlagen-/Antrags-Nr.

Abg. Hartmann nahm Bezug auf Meldungen aus dem Taxigewerbe, wonach bei Einführung eines allgemein verbindlichen Mindestlohnes von 8,50 € das Lohngefüge um teilweise bis zu 40 % steigen würde. Man könne sich vorstellen, welche Stundenlöhne dahinter stünden. Deshalb halte er diese moderate Erhöhung für wirklich geboten.

Abg. Steiner wies darauf hin, dass dies auch Thema im Planungs- und Verkehrsausschuss gewesen und sich das Straßenverkehrsamt dieser Problematik auch bewusst sei. Diese Thematik sei bei der jetzigen Anpassung allerdings ausgeklammert worden. Wenn der Mindestlohn komme, werde man die Beförderungsentgelte deutlich erhöhen müssen, was im Taxigewerbe zu der großen Sorge führe, dass die Kunden dann wegbleiben.

B.-Nr.
390/13

Der Kreisausschuss empfiehlt dem Kreistag, die folgende 15. Änderungsverordnung der Tarifordnung zur Taxenordnung für den Rhein-Sieg-Kreis vom 16.02.1971 in der Fassung vom 15.12.2011 zu erlassen:

**„15. Änderungsverordnung der Tarifordnung zur
Taxenordnung für den Rhein-Sieg-Kreis“**

Aufgrund des § 51 Abs. 1 des Personenbeförderungsgesetzes (PBefG) in der Fassung der Bekanntmachung vom 08.08.1990 (BGBl. I S. 1690) und des § 4 der Verordnung über die zuständigen Behörden und über die Ermächtigung zum Erlass von Rechtsverordnungen nach dem Personenbeförderungsgesetz vom 30.03.1990 (GV. NW. S. 247. NW 92) hat der Kreistag des Rhein-Sieg-Kreises in seiner Sitzung am 12.12.2013 beschlossen:

Die Tarifordnung zur Taxenordnung für den Rhein-Sieg-Kreis vom 16.02.1971 in der letzten Fassung vom 15.12.2011 wird wie folgt geändert:

§ 2 Beförderungstarif

(1) ...

- | | |
|---|---------------|
| 1. Grundgebühr (incl. der ersten 10-Cent-Schaltung) | 3,00 € |
| 2. Wegstreckenentgelt | |
| a) jeder Kilometer in der Zeit von 6.00 h – 22.00 h an Werktagen
(0,10 € je 58,8 m) | 1,70 € |
| b) jeder Kilometer in der Zeit von 22.00 h – 6.00 h an Werktagen
sowie an Sonn- und Feiertagen (0,10 € je 55,5 m). | 1,80 € |

§ 4 Wartezeitenentgelt

(1) Wartezeiten werden

- bei einer Wartezeit von **bis zu 5 Minuten** mit 0,10 € je 13,85 Sekunden (26,00 € je Stunde)
 - und **ab der 6. Minute** Wartezeit mit 0,10 € je 12 Sekunden (30,00 € je Stunde)
- berechnet.

36. Sitzung des Kreisausschusses am 09.12.2013		
TOP	Beratungsgegenstand	Vorlagen-/Antrags-Nr.

§ 5 Zuschläge

...

- (3) Für die Beförderung von Fahrgästen mit Großraumtaxen ist bei einer Beförderung von mehr als vier Fahrgästen ein Zuschlag von **6,00 €** zu erheben. Dieser Zuschlag wird auch dann erhoben, wenn ein Großraumtaxi unabhängig von der Anzahl der zu befördernden Personen bestellt oder direkt beauftragt wird.

...

- (5) Während der Inanspruchnahme einer Taxe entstehende zusätzliche Kosten (z.B. die gebührenpflichtige Nutzung der Rheinfähren), sind vom Fahrgast zu tragen, sofern diese auf dessen Wunsch beruhen.

§ 7 Fahrpreisanzeiger

...

- (3) Tritt während der Beförderungsfahrt innerhalb des Pflichtgebietes eine Störung des Fahrpreisanzeigers ein, so ist von da an
- a) in der Zeit von 6.00 h – 22.00 h an Werktagen ein Entgelt von **1,70 €** je Besetzt-km und
 - b) in der Zeit von 22.00 h – 6.00h sowie an Sonn- und Feiertagen ein Entgelt von **1,80 €** je Besetzt-km

zu berechnen.

§ 8 Fahrtausfall

Kommt aus Gründen, die der Besteller zu vertreten hat, eine Fahrt nach Auftragserteilung nicht zur Durchführung, so ist pro tatsächlich gefahrenem Kilometer

- a) in der Zeit von 6.00 h – 22.00 h an Werktagen ein Betrag von **1,70 €** und
- b) in der Zeit von 22.00 h – 6.00 h sowie an Sonn- und Feiertagen ein Betrag von **1,80 €**

zu entrichten.

§ 10 Inkrafttreten

Diese Verordnung tritt am **01.02.2014** in Kraft.

Abst.-
Erg.:

Einstimmig.

36. Sitzung des Kreisausschusses am 09.12.2013		
TOP	Beratungsgegenstand	Vorlagen-/Antrags-Nr.

7	Änderung der Hauptsatzung für den Rhein-Sieg-Kreis	
---	--	--

B.-Nr. **Der Kreisausschuss empfiehlt dem Kreistag, die als Anhang 1 beigefügte 5. Satzungen zur Änderung der Hauptsatzung für den Rhein-Sieg-Kreis vom 31.03.2000, zuletzt geändert durch Satzung vom 29.06.2012, zu beschließen.**

Abst.- **Einstimmig.**
Erg.:

*Anmerkung des Schriftführers: Die 5. Satzung zur Änderung der Hauptsatzung für den Rhein-Sieg-Kreis ist des Niederschrift als **Anlage 1** beigefügt.*

7.1	Umsetzung des Teilhabe- und Integrationsgesetzes im Rhein-Sieg-Kreis; hier: Einrichtung eines Kommunalen Integrationszentrums – KIZ-	
-----	---	--

- vgl. Wortbeiträge unter TOP 7.1.1 -

7.1.1	Gemeinsamer Antrag der CDU- und GRÜNE-Kreistagsfraktionen vom 05.12.2013: Vorbereitung der Einrichtung eines kommunalen Integrationszentrums (KIZ) im Rhein-Sieg-Kreis	
-------	---	--

Der Landrat verwies auf den im Zuge des 2. Nachtrags vom 05.12.2013 noch versandten gemeinsamen Antrag der CDU- und GRÜNE-Kreistagsfraktionen vom 05.12.2013, einen Antrag auf Einrichtung eines Kommunalen Integrationszentrums vorzubereiten. Die Kreisdirektorin habe bereits mit den Bürgermeistern in den letzten Monaten mehrere Gespräche geführt. Hier sei kein konkreter Gegenvorschlag mehr vorgelegt worden. Deshalb habe man diesen Bericht und diese Empfehlung entsprechend vorlegen müssen.

Abg. Solf dankte der Verwaltung für die umfangreiche Vorlage. Wenn man diese dann allerdings durchgearbeitet habe, komme ihm der Begriff des „Fremdschämens“ in den Kopf. Inzwischen hätten 47 der 54 Kreise und kreisfreien Städte in NRW dem integrationspolitischen Konzept zugestimmt. Und jeder wisse, dass im Landtag ein- einhalb Jahre lang auf ein einvernehmliches Integrationsgesetz zwischen allen Fraktionen, zwischen Arbeitgebern und Gewerkschaften und den drei kommunalen Spitzenverbänden des Landes hingearbeitet worden sei. Und dann gebe es jetzt einige wenige Bürgermeister des Rhein-Sieg-Kreises, die nach wie vor Bedenken hätten. Wenn jemand Bedenken habe, dass gewachsene integrationspolitische Strukturen dadurch tangiert würden, so sei er gerne bereit, mit ihm in aller Fairness darüber zu reden. Wenn aber grundsätzlich nicht so recht an diese Frage heran gegangen werde, dann sei er darüber traurig, zumal jeder wisse, dass in der Integrationspolitik viele Lippenbekenntnisse abgegeben worden seien und hier noch unheimlich viel getan werden müsse. Zudem wisse jeder, dass die Gelder des Landes auf die Teilnahme an dem KIZ-Programm beschränkt würden. Deshalb wolle er die Kreisverwaltung ermutigen, noch einmal zügig mit den Kommunen im Hinblick auf eventuell hier vor Ort tangierte Strukturen zu sprechen, damit dies dann noch eingearbeitet werden könne.

36. Sitzung des Kreisausschusses am 09.12.2013		
TOP	Beratungsgegenstand	Vorlagen-/Antrags-Nr.

Abg. Deussen-Dopstadt unterstrich die Ausführungen ihres Vorredners. Soweit man sich nicht für die kommunalen Integrationszentren entscheide, würden die beiden bisherigen Fördertöpfe - KOMM IN NRW und die regionalen Arbeitsstellen (RAA) - auch nicht mehr zur Verfügung stehen. Gerade die Familien mit Zuwanderungsgeschichte hätten sich als sehr sensibler Politikbereich herausgestellt, die Armut sei bei dieser Gruppe am größten. Und die Folge von Armut erfahre man gerade auf allen unterschiedlichen Feldern der Sozial- und Schulpolitik. Es seien gerade Förderschulen, in denen ein übergroßes Klientel von Kindern mit Zuwanderungsgeschichte sei. D. h., man gehe mit einem solchen Integrationszentrum kreispolitisch an eine Schnittstelle für viele Bereiche, wo man eben auch für den Kreis Auswirkungen habe. Sie halte es auch für sinnvoll, dass der Kreis hier ein Angebot vielleicht gerade an die Kommunen mache, die sich bisher gar nicht auf den Weg begeben hätten und vielleicht hierdurch Impulse bekämen. Aus ihrer Sicht wäre es sinnvoll, wenn es eine übergeordnete Stelle gäbe, die sich auch z. B. mit dem Nichtfunktionieren von eingerichteten Integrationsräten auseinandersetze, hier Hilfestellung leiste, an die Ursachen herangehe und vielleicht auch an andere Konzeptionen zu denken. Sie sehe also übergeordnete Themen, die unabhängig von den existierenden kommunalen Errungenschaften eine Aufgabenstellung für diese kommunalen Integrationszentren böten. Deshalb halte sie es für sehr sinnvoll, wenn man sich nachhaltig als einer der letzten Kreise nun auch auf den Weg mache, dies zu beantragen.

Abg. Hartmann erinnere an die Debatten zu dieser Thematik im Kreisausschuss. Nicht zuletzt auch auf Initiative seiner Fraktion habe man sich hier gemeinsam noch einmal auf den Weg gemacht, dies gemeinde- oder stadtspezifisch zu hinterfragen, insbesondere, ob hier ein Benehmen zwischen Bürgermeistern und Landrat hergestellt oder dies wirklich im Rat diskutiert worden sei und ob man dem Ziel so beitreten möchte, wie der Kollege Solf dies dargestellt habe, oder mit eigenen spezifischen Ideen und Ansätzen. Als besseres Signal hätte er aber eine gemeinsame Initiative aller Fraktionen betrachtet, zumal man sich über das Ziel und das Vorgehen einig gewesen sei. Hier hätte die Chance für ein eindeutiges Signal aller Fraktionen im Kreistag bestanden, dieses Ziel zu befürworten und dies partei- und fraktionsübergreifend zu wollen. Dies sei verpasst worden, was er ausdrücklich bedaure. Hier hätte man in aller Deutlichkeit noch mal signalisieren können, wie einmütig das auf Kreisebene gesehen werde. Nun könne man das nachträglich nur noch nachholen und dem beitreten, was schade sei.

Für Abg. Dr. Lamberty ging die Unterstellung gegenüber den Bürgermeistern, die sich vielleicht etwas kritisch geäußert hatten, sie wollten keine Integration, zu weit. Wenn er das richtig verstanden habe, habe die Sorge bestanden, dass hier Doppelstrukturen und Doppelfinanzierungen eingerichtet würden, die nicht sein müssten. Deshalb müsse eine einvernehmliche Lösung mit den Bürgermeistern gesucht werden. Insofern sei es richtig, dass man die Diskussion in den Räten noch einmal aufnehmen müsse. Nach seiner Kenntnis sei dies in den Räten nicht so eingehend diskutiert worden, wie es wünschenswert wäre. Deshalb habe man hier Nachholbedarf, der schnellstens erledigt werden sollte. Seine Fraktion stimme dem grundsätzlich zu und halte dies für eine hervorragende Idee. Man müsse aber schauen, wie man sie konkret umsetze und habe daher noch Beratungsbedarf. So würde er gerne die Meinung seiner Ratskollegen in den Städten und Gemeinden vorab einholen.

Abg. Solf konnte hier weiteren Beratungsbedarf ebenso wenig nachvollziehen wie eventuelle Probleme mit den Mehrausgaben von 60.000,- €. Auch habe die Kreisdirektorin den Bürgermeistern alle bisherigen Gespräche und Einmütigkeiten, die hier

36. Sitzung des Kreisausschusses am 09.12.2013		
TOP	Beratungsgegenstand	Vorlagen-/Antrags-Nr.

im Kreistag herrschten, mitgeteilt. Tatsache sei, dass CDU- und GRÜNE-Kreistagsfraktionen zusammen gekommen seien, darüber beraten und beschlossen hätten, nun ein deutliches Zeichen nach draußen setzen zu wollen.

B.-Nr. **Der Kreisausschuss beschließt, dem gemeinsamen Antrag der CDU- und GRÜ-**
392/13 **NE-Kreistagsfraktionen vom 05.12.2013 zur Vorbereitung der Einrichtung eines**
 kommunalen Integrationszentrums (KIZ) im Rhein-Sieg-Kreis zuzustimmen.

Abst.- **Einstimmig, E. FDP.**
Erg.:

7.2	Entwicklung der Struktur der gewerblich-technischen Berufskollegs in der Region Bonn/Rhein-Sieg-Kreis	
-----	---	--

Der Landrat wies darauf hin, dass hierzu ein gemeinsames Schreiben der CDU- und GRÜNE-Kreistagsfraktionen vom 03.12.2013 eingegangen sei, das den Fraktionen vorliege. Hierin werde angeregt, in die Sitzung des Ausschusses für Schule und Bildungskordinierung am 10.12.2013 verschiedene Sachverständige zu einer Anhörung einzuladen. Er empfehle den Mitgliedern des Kreisausschusses, heute keinen Beschluss zu fassen, um den Beratungen im zuständigen Fachausschuss nicht vorzugreifen.

Abg. Solf verwies auf die übersandte Vorlage. Aus den Formulierungen gehe hervor, dass der Verwaltung durchaus bewusst gewesen sei, dass es sich hier um eine heikle Problematik handele, zumal sich verschiedene Zielsetzungen „beißen“ und es hier Gewinner und Verlierer gebe. Deshalb habe man diese Anhörung im Fachausschuss angeregt, um auftretende Fragen an die Sachkundigen stellen zu können. Sodann sollte man dies in den Fraktionen nochmals eingehend beraten und möglicherweise in einer Sondersitzung im Januar/Februar 2014 zu einer endgültigen Beschlussfassung gelangen.

Es bestand Einvernehmen zwischen den Mitgliedern des Kreisausschusses, diese Thematik zunächst im Ausschuss für Schule und Bildungskordinierung am 10.12.2013 im Rahmen einer Sachverständigenanhörung vor zu beraten.

8	Abfallentsorgung im Rhein-Sieg-Kreis	
---	--------------------------------------	--

8.1	Gründung der RSAG Anstalt öffentlichen Rechts (RSAG AöR)	
-----	--	--

Der Landrat verwies auf die der heutigen Tischvorlage zur Korrektur der Präambel der Unternehmenssatzung – Seite 42 des Nachtrages vom 03.12.2013. Rechtsgrundlage sei hier die Kreis- und nicht die Gemeindeordnung NRW. Außerdem werde die Satzung auch noch mal redaktionell überarbeitet. Zudem verweise er auf die einstimmigen Beschlussempfehlungen des Finanzausschusses und des Ausschusses für Umwelt und Klimaschutz in deren Sitzungen vom 05.12.2013.

Abg. Smielick nahm Bezug auf die Vorbemerkungen zur Beschlussvorlage, Seite 45 der Einladung vom 29.11.2013. Hier müsse es anstatt 95 % richtig heißen: „...die restlichen 93 % über die Kreisholding Rhein-Sieg GmbH...“

Ltd. KVD'in Udelhoven stimmte zu, dies sei zu korrigieren.

36. Sitzung des Kreisausschusses am 09.12.2013		
TOP	Beratungsgegenstand	Vorlagen-/Antrags-Nr.

B.-Nr.
393/13

Der Kreisausschuss empfiehlt dem Kreistag, folgenden Beschluss zu fassen:

Der Gründung der RSAG Anstalt Öffentlichen Rechts (RSAG AöR) auf Basis der als Anhang beigefügten Unternehmenssatzung wird zugestimmt.

Die AöR entsteht nach der Bekanntmachung der Unternehmenssatzung zum 01.01.2014.

Die AöR wird vom Rhein-Sieg-Kreis mit einem Eigenkapital in Höhe von insgesamt 25.000,00 EUR Stammkapital ausgestattet. Diese werden im Finanzplan 2014 außerplanmäßig zur Verfügung gestellt.

Der Kreistag entsendet folgende Personen in den Verwaltungsrat der AöR

Vertreter

Stellvertreter

1. Herrn Landrat Frithjof Kühn (geborenes Mitglied)

2. Herrn Dez. Christoph Schwarz

3.

3.

4.

4.

5.

5.

6.

6.

7.

7.

8.

8.

9.

9.

10.

10.

11.

11.

12.

12.

13.

13.

14.

14.

Abst.-
Erg.:

Einstimmig.

Anmerkung des Schriftführers: Die Unternehmenssatzung ist der Niederschrift als Anlage 2 beigefügt.

8.1.1	Änderung der öffentlich-rechtlichen Vereinbarung zwischen dem Rhein-Sieg-Kreis und den 19 kreisangehörigen Städten und Gemeinden	
-------	--	--

Der Landrat verwies auf die einstimmige Beschlussempfehlung des Ausschusses für Umwelt und Klimaschutz in seiner Sitzung am 05.12.2013.

B.-Nr.
394/13

Der Kreisausschuss stimmt der Änderung der öffentlich-rechtlichen Vereinbarung zwischen dem Rhein-Sieg-Kreis und den 19 kreisangehörigen Städten und Gemeinden zu.

Abst.-
Erg.:

Einstimmig.

36. Sitzung des Kreisausschusses am 09.12.2013		
TOP	Beratungsgegenstand	Vorlagen-/Antrags-Nr.

8.1.2	Änderungsvertrag zum Entsorgungsvertrag zwischen dem Rhein-Sieg-Kreis und der Rhein-Sieg-Abfallwirtschaftsgesellschaft mbH	
-------	--	--

Der Landrat verwies auf die einstimmige Beschlussempfehlung des Ausschusses für Umwelt und Klimaschutz in seiner Sitzung am 05.12.2013.

B.-Nr. **Der Kreisausschuss empfiehlt dem Kreistag, dem Änderungsvertrag zum Entsorgungsvertrag zwischen dem Rhein-Sieg-Kreis und der Rhein-Sieg-Abfallwirtschaftsgesellschaft mbH zuzustimmen.**
395/13

Abst.- **Einstimmig.**
Erg.:

8.2	Satzung über die Heranziehung zu Gebühren für die Abfallentsorgung (Gebührensatzung) durch den Rhein-Sieg-Kreis in seinem Gebiet der 19 kreisangehörigen Städte und Gemeinden in der ab 01.01.2014 gültigen Fassung	
-----	---	--

Der Landrat verwies auf die einstimmige Beschlussempfehlung des Ausschusses für Umwelt und Klimaschutz in seiner Sitzung am 05.12.2013.

B.-Nr. **Der Kreisausschuss empfiehlt dem Kreistag, die Satzung über die Heranziehung zu Gebühren für die Abfallentsorgung (Gebührensatzung) durch den Rhein-Sieg-Kreis in der ab 01.01.2014 gültigen Fassung und das Außerkrafttreten der Satzung über die Heranziehung zu Gebühren für die Abfallentsorgung (Gebührensatzung) vom 20.12.2012 zu beschließen.**
396/13

Abst.- **Einstimmig.**
Erg.:

8.3	Satzung über die Entsorgung von Abfällen (Abfallsatzung) durch den Rhein-Sieg-Kreis in der ab 01.01.2014 gültigen Fassung	
-----	---	--

Der Landrat verwies auf die einstimmige Beschlussempfehlung des Ausschusses für Umwelt und Klimaschutz in seiner Sitzung am 05.12.2013.

B.-Nr. **Der Kreisausschuss empfiehlt dem Kreistag, die Abfallsatzung des Rhein-Sieg-Kreises in der ab 01.01.2014 gültigen Fassung und das Außerkrafttreten der Abfallsatzung vom 20.12.2012 zu beschließen.**
397/13

Abst.- **Einstimmig.**
Erg.:

8.4	Abfallwirtschaftskonzept für den Rhein-Sieg-Kreis – Teil I: Abfälle aus privaten Haushaltungen	
-----	--	--

Der Landrat wies darauf hin, dass im Zuge der Sitzung des Ausschusses für Umwelt und Klimaschutz am 05.12.2013 noch eine redaktionelle Änderung im Anhang 1 der Beschlussvorlage vorgenommen worden sei. Ziffer 2.3 „Bio- und Grünabfälle“ – letzter Absatz (Seite 101 der Einladung) - sei wie folgt geändert worden:

36. Sitzung des Kreisausschusses am 09.12.2013		
TOP	Beratungsgegenstand	Vorlagen-/Antrags-Nr.

„Die genannten Anlagen befinden sich im Eigentum der KRS - KompostWerke Rhein-Sieg GmbH & Co. KG. Seit 30.06.2013 ist die RSAG alleinige Gesellschafterin der KRS und damit alleinige Eigentümerin der Anlagen in Sankt Augustin und Swisttal-Morenhoven.“

Im Übrigen liege eine einstimmige Beschlussempfehlung des Ausschusses für Umwelt und Klimaschutz in seiner Sitzung vom 05.12.2013 vor.

Abg. Lehmann kritisierte, dass er in dem Konzept keinerlei Hinweise auf eine Abfallvermeidung oder -verwertung finde. Zum Teil sei noch nicht einmal der Verbleib der Sortierreste beschrieben. Es frage sich, wo der Rest von Biomüll, Sperrmüll und Papiertonne hin komme. Er bat um Stellungnahme.

Dezernent Schwarz entgegnete, dies sei bereits im Ausschuss für Umwelt und Klimaschutz thematisiert und detailliert diskutiert worden.

Abg. Smielick als Vorsitzender des Ausschusses für Umwelt und Klimaschutz unterstrich Letzteres. Es sei im Ausschuss darauf hingewiesen worden, dass man dies in den Informationsschriften, die den Haushalten zügigen, nachlesen könne.

**B.-Nr.
398/13**

Der Kreisausschuss stimmt dem Abfallwirtschaftskonzept für den Rhein-Sieg-Kreis – Teil I: Abfälle aus privaten Haushaltungen - zu.

**Abst.-
Erg.:**

MB J. LINKE.

9	Hochwasserhilfe für geschädigte Bürgerinnen und Bürger in der Stadt Hennef	
---	--	--

Der Landrat verwies auf die einstimmige Beschlussempfehlung des Finanzausschusses in seiner Sitzung am 05.12.2013.

**B.-Nr.
399/13**

Der Kreisausschuss fasst nachfolgenden Beschluss:

Der Rhein-Sieg-Kreis stellt der Stadt Hennef bis zu 10.000,- € zur Beteiligung an den finanziellen Hilfen für die durch das Starkregenereignis am 20.06.2013 geschädigten Bürgerinnen und Bürger zur Verfügung. Bei der Verteilung der Mittel ist der Beschluss des Kreisausschusses vom 15.07.2013 in dieser Angelegenheit zu beachten.

Der Kämmerer wird um außerplanmäßige Bereitstellung der Mittel gebeten.

**Abst.-
Erg.:**

Einstimmig.

10	Jahresabschluss 2012; Deckung des für das Haushaltsjahr 2012 ausgewiesenen Jahresfehlbetrages	
----	--	--

Der Landrat verwies auf die einstimmige Beschlussempfehlung des Finanzausschusses in seiner Sitzung am 05.12.2013.

36. Sitzung des Kreisausschusses am 09.12.2013		
TOP	Beratungsgegenstand	Vorlagen-/Antrags-Nr.

B.-Nr.
400/13

Der Kreisausschuss empfiehlt dem Kreistag, folgenden Beschluss zu fassen:

Der in der Ergebnisrechnung des Rhein-Sieg-Kreises für das Haushaltsjahr 2012 entstandene Jahresfehlbetrag in Höhe von 29.583.955,64 € wird zu einem Teilbetrag von 18.530.789,88 € durch Inanspruchnahme der Ausgleichsrücklage gedeckt.

Im Übrigen ist die allgemeine Rücklage zur Abdeckung des Fehlbetrags in Anspruch zu nehmen.

Abst.-
Erg.:

Einstimmig.

11	Öffentlich-rechtliche Vereinbarung "Verbundschule Bornheim"	
----	---	--

Der Landrat verwies auf die einstimmige Beschlussempfehlung des Finanzausschusses in seiner Sitzung am 05.12.2013.

Abg. Deussen-Dopstadt teilte mit, dass man im Schulausschuss der Stadt Bornheim Überlegungen angestellt habe, was aus dieser Schule nach den Auflagen des Schulrechtsänderungsgesetzes noch werden könnte, nachdem die Umwandlung in ein Kompetenzzentrum nicht mehr möglich zu sein scheint. Eine dieser Überlegungen sei gewesen, dass Gespräche mit dem Kreis aufgenommen werden sollten, ob der Kreis an einer Schulträgerschaft oder an der Herstellung von Verbünden mit anderen Förderschulen interessiert sei, um die Mindestschülerzahlen zu garantieren.

Dezernent Wagner nahm Bezug auf mehrfache Berichte im Ausschuss für Schule und Bildungskordinierung. Auch in der Sitzung des Ausschusses am 10.12.2013 werde dies erneut thematisiert. Man sei seit geraumer Zeit mit den Gemeinden, die Träger der Förderschulen mit dem Förderschwerpunkt Lernen sind, im Gespräch, insbesondere mit den Schulträgern, die von der Mindestgrößenverordnung betroffen seien. Bei derzeit acht Schulen mit dem Förderschwerpunkt Lernen und zwei Verbundschulen in Bornheim und in Königswinter liege man, bis auf eine Schule - die Gutenbergschule in St. Augustin -, bereits unter der Mindestgrößenverordnung von 144 Schülern. Mit den betroffenen Gemeinden sei man im Gespräch, wie Förderschullandschaften ihr Angebot aufrecht erhalten können unter dieser Kautel der Mindestgrößenverordnung. Hier gebe es verschiedene Modelle, ob man Förderschwerpunkte hinzuziehe oder ob man Verbünde eingehe bis hin zur Trägerschaft des Kreises. Dieser Prozess müsse insbesondere wegen des linksrheinischen Rhein-Sieg-Kreises mit der Stadt Bonn abgestimmt werden, weil man viele Schülerströme von den linksrheinischen Gemeinden nach Bonn habe und weil dort mehrere Schulen seien, die Schüler aus dem Rhein-Sieg-Kreis beschulen. Diese Gespräche habe man am vergangenen Freitag zum wiederholten Male geführt und würden auch weitergeführt, da auch die Bonner Seite als Schulträger viele Planungen habe, was ihre Gebäude anbelange, und weil auch dort Schulen unter die Mindestgrößenverordnung fielen. Allerdings sei deren Geschäft einfacher, weil Bonn Schulträger für alle Schulen sei. Der Kreis müsse sich hingegen mit seinen Kommunen abstimmen. Das nächste Abstimmungsgespräch im Kreis finde am 27.01.2014 statt. Bilateral werde man auch noch Gespräche mit Bornheim und Rheinbach führen, weil hier die Situation sehr schwierig sei. So erreichten die beide dortigen Schulen, die Albert-Schweitzer-Schule und die Verbundschule in Uedorf, die Mindestgrößenverordnungszahl nicht. Ein Verbund dieser weit auseinander gelegenen Kommunen sei aber sehr schwer. Insofern kämen hier die Nachbarkommunen Brühl, Wesseling,

36. Sitzung des Kreisausschusses am 09.12.2013		
TOP	Beratungsgegenstand	Vorlagen-/Antrags-Nr.

Euskirchen, Rheinbach und Bonn ins Spiel, zumal Bornheim und Rheinbach wiederum öffentlich-rechtliche Vereinbarungen mit Nachbarkommunen zur Beschulung ihrer Schüler hätten. Insofern sei dies ein sehr aufwendiger Prozess, den man gerade steuere, mit dem Ziel, ein breiten Konsens aller im Kreis hinzubekommen, damit nicht jeder eine Insellösung finde, sondern man eine gemeinsame Schulentwicklungsplanung erreiche.

Abg. Solf nahm Bezug auf eine heutige Presseerklärung der LINKEN. Jeder wisse, dass das Thema Inklusion ein hohes „Verhetzungspotenzial“ in sich berge. Da gebe es auf der einen Seite die totalen Befürworter und auf der anderen Seite Leute, die dies anzweifeln und sagen, die Kinder seien in den Förderschulen gut aufgehoben. Als Politik tue man gut daran, einen vernünftigen Weg der Mitte zu gehen, der das Wohl des Kindes zum Zentrum habe. Nun habe dankenswerterweise das Kreisschulamt diesen Moderationsprozess übernommen, da in Folge der Verordnungen des Landes die Mindestschülerzahlen bei etlichen Schulen nicht mehr erreicht werden können. Er sei dankbar, dass sich das Schulamt des Kreises mit den Bonnern gemeinsam um eine Gemeindegrenzen-übergreifende Lösung bemühe. Auch sei er den Beteiligten in den einzelnen Kommunen dankbar, die sich an diesem Konsensprozess beteiligten. Wenn aber nun die LINKE hingehe und heute eine Presseerklärung herausgebe, die den Beamten der Kreisverwaltung, der nur die reine Gesetzeslage brieflich mitgeteilt habe, persönlich angreife, dann sei das nach seiner Meinung etwas „unsäglich Schmutziges.“ Deshalb bitte er den Landrat, dass er sich vor den Beamten, der hier in dieser Weise angegriffen worden sei, stelle.

Der Landrat merkte an, er kenne diese Presseerklärung noch nicht. Wenn die Schilderung zutreffe, so sei das nicht in Ordnung.

Abg. Lehmann erklärte, dass auch er diese Presseerklärung nicht kenne. Wenn sie aber tatsächlich jemanden in der dargestellten Form verunglimpfen oder herabwürdigen sollte, entschuldige er sich hierfür auch im Namen seiner Partei in aller Form.

B.-Nr.
401/13

Der Kreisausschuss empfiehlt dem Kreistag, folgenden Beschluss zu fassen:

1. Der Kreistag stimmt dem Abschluss der als Anhang beigefügten öffentlich-rechtlichen Vereinbarung über die Kostenbeteiligung des Rhein-Sieg-Kreises an der Beschulung von Schülerinnen und Schülern mit dem sonderpädagogischen Förderbedarf Sprache der Verbundschule in Bornheim-Uedorf zu.
2. Die Verwaltung wird beauftragt, die gemäß Gesetz über kommunale Gemeinschaftsarbeit (GKG) erforderliche Genehmigung der Kommunalaufsicht zu beantragen.

Abst.-
Erg.:

Einstimmig.

Anmerkung des Schriftführers: Die öffentlich-rechtliche Vereinbarung ist der Niederschrift als Anlage 3 beigefügt.

12	Veräußerung eines Geschäftsanteils von 0,1% an der SSB oHG an die SWBV GmbH und Umwandlung der SSB oHG in eine GmbH	
----	---	--

Der Landrat wies darauf hin, dass Im Zuge der Sitzung des Finanzausschusses am 05.12.2013 der Beschlussvorschlag unten noch wie folgt ergänzt worden sei:

36. Sitzung des Kreisausschusses am 09.12.2013		
TOP	Beratungsgegenstand	Vorlagen-/Antrags-Nr.

„Der Landrat ist ermächtigt, bezüglich seines Stimmrechts in der Gesellschafterversammlung Untervollmacht zu erteilen.“

Im Übrigen liege eine einstimmige Beschlussempfehlung des Finanzausschusses in seiner Sitzung vom 05.12.2013 vor.

B.-Nr.
402/13

Der Kreisausschuss empfiehlt dem Kreistag, folgenden Beschluss zu fassen:

Der Veräußerung von 0,1% Geschäftsanteilen an der SSB oHG an die Stadtwerke Bonn Verkehrs GmbH sowie der Umwandlung der SSB Elektrische Bahnen der Stadt Bonn und des Rhein-Sieg-Kreises oHG in die SSB Elektrische Bahnen der Stadt Bonn und des Rhein-Sieg-Kreises GmbH auf Basis des im nicht-öffentlichen Teil unter TOP 32 als Anhang 1 beigefügten Vertragswerkes wird - vorbehaltlich der Unbedenklichkeitserklärung der Kommunalaufsicht - zugestimmt.

Die Verwaltung sowie die Vertreter in der Gesellschafterversammlung sowie im Verwaltungsausschuss der SSB oHG werden ermächtigt, alle erforderlichen Erklärungen abzugeben und entsprechende Rechtshandlungen vorzunehmen, um die Veräußerung sowie die Umwandlung umzusetzen. Sollte sich aufgrund von rechtlichen Hinweisen der zuständigen Behörden (insbesondere Finanzverwaltung, Handelsregistergericht, Kommunalaufsicht, Notar) Anpassungsbedarf an den jeweiligen Verträgen ergeben, so sind die Verwaltung sowie die Vertreter des Rhein-Sieg-Kreises im Verwaltungsausschuss sowie in der Gesellschafterversammlung der SSB oHG ermächtigt, dies umzusetzen, sofern es sich nicht um wesentliche Änderungen handelt.

Als Vertreter des Rhein-Sieg-Kreises in die Gesellschafterversammlung der zukünftigen SSB GmbH werden entsendet:

- 1. Landrat Frithjof Kühn (stimmberechtigtes Mitglied)**
2.
3.
4.
5.
6.

Der Landrat ist ermächtigt, bezüglich seines Stimmrechts in der Gesellschafterversammlung Untervollmacht zu erteilen.

Abst.-
Erg.:

Einstimmig.

13	Beteiligung an der rhenag AG	
----	------------------------------	--

- von der Tagesordnung abgesetzt – siehe „Allgemeine und Geschäftsordnungsangelegenheiten“ -

14	Nachtragshaushalt 2013/2014	
----	-----------------------------	--

- von der Tagesordnung abgesetzt – siehe „Allgemeine und Geschäftsordnungsangelegenheiten“ -

36. Sitzung des Kreisausschusses am 09.12.2013		
TOP	Beratungsgegenstand	Vorlagen-/Antrags-Nr.
14.1	Benehmensherstellung / Stellungnahmen der Städte und Gemeinden	
<i>- von der Tagesordnung abgesetzt – siehe „Allgemeine und Geschäftsordnungsangelegenheiten“ -</i>		
14.2	Beratung des Entwurfs der Nachtragshaushaltssatzung 2013/2014 mit Nachtragshaushaltsplan und Anlagen	
<i>- von der Tagesordnung abgesetzt – siehe „Allgemeine und Geschäftsordnungsangelegenheiten“ -</i>		
15	Kenntnisnahme von der Niederschrift über die Sitzung des Planungs- und Verkehrsausschusses am 17.09.2013	
Der Kreisausschuss nimmt von der Niederschrift Kenntnis.		
16	Kenntnisnahme von der Niederschrift über die Sitzung des Ausschusses für Umwelt und Klimaschutz am 19.09.2013	
Der Kreisausschuss nimmt von der Niederschrift Kenntnis.		
17	Kenntnisnahme von der Niederschrift über die Sitzung des Ausschusses für soziale Angelegenheiten und soziale Beschäftigungsförderung am 20.09.2013	
Der Kreisausschuss nimmt von der Niederschrift Kenntnis.		
18	Kenntnisnahme von der Niederschrift über die Sitzung des Jugendhilfeausschusses am 07.10.2013	
Der Kreisausschuss nimmt von der Niederschrift Kenntnis.		
19	Kenntnisnahme von der Niederschrift über den öffentlichen Teil der Sitzung des Finanzausschusses am 08.10.2013	
Der Kreisausschuss nimmt von der Niederschrift Kenntnis.		
20	Kenntnisnahme von der Niederschrift über den öffentlichen Teil der Sitzung des Bau- und Vergabeausschusses am 10.10.2013	
Der Kreisausschuss nimmt von der Niederschrift Kenntnis.		
21	Beratung einer Beschlussempfehlung und Kenntnisnahme von der Niederschrift über die Sitzung des Ausschusses für Schule und Bildungskordinierung am 15.10.2013	
21.1	Errichtung neuer und Erweiterung vorhandener Bildungsgänge an den Berufskollegs des Rhein-Sieg-Kreises	

Der Landrat verwies auf die einstimmige Beschlussempfehlung des Ausschusses für Schule und Bildungskordinierung am 15.10.2013.

36. Sitzung des Kreisausschusses am 09.12.2013		
TOP	Beratungsgegenstand	Vorlagen-/Antrags-Nr.

B.-Nr.
403/13

Der Kreisausschuss fasst nachfolgenden Beschluss:

Die Verwaltung wird beauftragt, bei der oberen Schulaufsichtsbehörde, der Bezirksregierung in Köln,

1. die Erhöhung der Klassenzüge im Ausbildungsberuf Bankkauffrau/Bankkaufmann am Berufskolleg des Rhein-Sieg-Kreises in Siegburg von derzeit drei Klassen auf vier Klassen im Schuljahr 2014/2015 und
2. die Errichtung eines Bildungsganges „Fachoberschule 11 und 12 Agrarwirtschaft, Bio- und Umwelttechnologie“ gemäß Anlage C9 APO-BK am Berufskolleg des Rhein-Sieg-Kreises in Bonn-Duisdorf zum Schuljahr 2014/2015

zu beantragen.

Abst.-
Erg.:

Einstimmig.

Im Übrigen nimmt der Kreisausschuss von der Niederschrift Kenntnis.

22	Kenntnisnahme von der Niederschrift über die Sitzung des Gleichstellungsausschusses am 16.10.2013	
----	---	--

Der Kreisausschuss nimmt von der Niederschrift Kenntnis.

23	Beratung einer Beschlussempfehlung und Kenntnisnahme von der Niederschrift über die Sitzung des Ausschusses für Angelegenheiten von Menschen mit Behinderungen am 04.11.2013	
----	--	--

23.1	Inklusion; hier: Einrichtung eines Inklusions-Fachbeirates	
------	---	--

Der Landrat verwies auf die einstimmige Beschlussempfehlung des Ausschusses für Angelegenheiten von Menschen mit Behinderungen am 04.11.2013.

B.-Nr.
404/13

Der Kreisausschuss empfiehlt dem Kreistag, nachfolgenden Beschluss zu fassen:

1. Zur Förderung der Belange von Menschen mit Behinderungen wird ein Inklusionsfachbeirat gegründet.
2. Der Inklusionsfachbeirat gibt sich eine Geschäftsordnung, die der Zustimmung des Kreisausschusses bedarf.
3. Eine erste Sitzung des Inklusionsfachbeirates findet im Januar 2014 statt.
4. Zur Finanzierung des Geschäftsaufwandes werden – vorbehaltlich der Aufhebung des Sperrvermerks durch den Ausschuss für Schule und Bildungs koordinierung in seiner Sitzung am 10.12.2013 - aus dem Haushaltsansatz für Projekte der Inklusion (Produkt 0.40.90; Höhe insgesamt 20.000 €) 5.000 € eingesetzt.

Abst.-
Erg.:

Einstimmig.

Im Übrigen nimmt der Kreisausschuss von der Niederschrift Kenntnis.

36. Sitzung des Kreisausschusses am 09.12.2013		
TOP	Beratungsgegenstand	Vorlagen-/Antrags-Nr.

24	Kenntnisnahme von der Niederschrift über den öffentlichen Teil der Sitzung des Bau- und Vergabeausschusses am 07.11.2013	
----	--	--

Der Kreisausschuss nimmt von der Niederschrift Kenntnis.

25	Kenntnisnahme von der Niederschrift über die Sitzung des Ausschusses für regionale Wirtschafts- und Strukturförderung am 08.11.2013	
----	---	--

Der Kreisausschuss nimmt von der Niederschrift Kenntnis.

26	Kenntnisnahme von der Niederschrift über die Sitzung des Ausschusses für soziale Angelegenheiten und soziale Beschäftigungsförderung am 12.11.2013	
----	--	--

Der Kreisausschuss nimmt von der Niederschrift Kenntnis.

27	Kenntnisnahme von der Niederschrift über den öffentlichen teil der Sitzung des Personalausschusses am 13.11.2013	
----	--	--

Der Kreisausschuss nimmt von der Niederschrift Kenntnis.

28	Kenntnisnahme von der Niederschrift über den öffentlichen Teil der Sitzung des Rechnungsprüfungsausschusses am 14.11.2013	
----	---	--

Der Kreisausschuss nimmt von der Niederschrift Kenntnis.

29	Beratung von Beschlussempfehlungen und Kenntnisnahme von der Niederschrift über die Sitzung des Ausschusses für Umwelt und Klimaschutz am 15.11.2013	
----	--	--

29.1	Energiepolitisches Arbeitsprogramm im Rahmen des European Energy Awards (EEA)	
------	---	--

Der Landrat verwies auf die einstimmige Beschlussempfehlung des Ausschusses für Umwelt und Klimaschutz am 15.11.2013.

Abg. Smielick machte drauf aufmerksam, dass gemäß der Beschlussempfehlung des Ausschusses für Umwelt und Klimaschutz im vorliegenden Beschlussvorschlag unter Ziffer 2. nachfolgender abschließender Satz fehle:

„Sobald die Höhe der überplanmäßigen Ausgaben für die Umsetzung einzelner Maßnahmen feststeht, wird der Finanzausschuss beteiligt.“

Er bat um entsprechende Ergänzung des Beschlussvorschlages.

Der Landrat merkte an, dies sei im Grunde eine Selbstverständlichkeit, die aber gerne mitbeschlossen werden könne.

36. Sitzung des Kreisausschusses am 09.12.2013		
TOP	Beratungsgegenstand	Vorlagen-/Antrags-Nr.

B.-Nr.
405/13

Der Kreisausschuss fasst folgenden Beschluss:

1. Der Rhein-Sieg-Kreis stellt sich der Verantwortung, eine deutliche Reduktion von Treibhausgasen sowohl in der Kreisverwaltung selbst als auch im Kreisgebiet zu erreichen. Die Gesamtsumme der Treibhausgasemissionen im Rhein-Sieg-Kreis soll bis zum Jahr 2020 um mindestens 25 Prozent und bis zum Jahr 2050 um mindestens 80 Prozent im Vergleich zu den Gesamtemissionen des Jahres 1990 verringert werden.
2. Darüber hinaus sollen die prioritären Maßnahmen des energiepolitischen Arbeitsprogramms umgesetzt werden. Sobald die Höhe der überplanmäßigen Ausgaben für die Umsetzung einzelner Maßnahmen feststeht, wird der Finanzausschuss beteiligt.

Abst.-
Erg.:

Einstimmig.

29.2	Felssicherung am Siegfriedfelsen in Bad Honnef	
------	--	--

Der Landrat verwies auf die einstimmige Beschlussempfehlung - bei Enthaltung des Vertreters der LINKEN - des Ausschusses für Umwelt und Klimaschutz am 15.11.2013. Er teilte zudem mit, dass am Mittwoch, dem 11.12.2013 eine erneute Beratung über eine Vereinbarung im Landesumweltministerium stattfinde. Von Seiten des Kreises gebe es hier keine Probleme, allerdings seien zwischen VVS und Umweltministerium noch einige Fragen zu klären. Man werde gegebenenfalls nochmals im Kreistag am 12.12.2013 berichten.

B.-Nr.
406/13

Der Kreisausschuss fasst nachfolgenden Beschluss:

Vorbehaltlich einer gesicherten Gesamtfinanzierung stellt der Rhein-Sieg-Kreis für die außerhalb des Gebietes des Verschönerungsvereins durchzuführenden Felssicherungsmaßnahmen am Siegfriedfelsen einen Festbetrag von bis zu 300.000 € zur Verfügung.

Der Kämmerer wird gebeten, die erforderlichen Haushaltsmittel außerplanmäßig bereitzustellen.

Abst.-
Erg.:

Einstimmig, E. LINKE.

29.3	Anregungen und Beschwerden nach § 21 KrO NRW: Änderung der Abfallsatzung des Rhein-Sieg-Kreises - gerechtere Verteilung der Gebührenlast	
------	--	--

Der Landrat verwies auf die einstimmige Beschlussempfehlung des Ausschusses für Umwelt und Klimaschutz am 15.11.2013.

B.-Nr.
407/13

Der Kreisausschuss beschließt, die Bürgeranregung gemäß § 21 KrO NRW von Herrn Droske vom 28.01.2013 abzulehnen.

Abst.-
Erg.:

Einstimmig, E. LINKE.

Im Übrigen nimmt der Kreisausschuss von der Niederschrift Kenntnis.

36. Sitzung des Kreisausschusses am 09.12.2013		
TOP	Beratungsgegenstand	Vorlagen-/Antrags-Nr.

30	Anregungen und Beschwerden nach § 21 KrO NRW	
----	--	--

B.-Nr. Der Kreisausschuss verweist die Anregung/Beschwerde gemäß § 21 KrO NRW
408/13 von Herrn Heinz-Bert Weber vom 11.11.2013 auf Änderung der Abfallsatzung
für den Rhein-Sieg-Kreis im Hinblick auf den Gebührenschuldner zur weiteren
Beratung in den Ausschuss für Umwelt und Klimaschutz.

Abst.- Einstimmig.
Erg.:

31	Mitteilungen und Anfragen	
----	---------------------------	--

Hierzu lagen keine Wortmeldungen vor.

Ende des öffentlichen Teils